

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

11. Mai 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Dornwachs-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Deutschnationale gegen Wilhelm.

Sie wollen der Verlängerung des Verbots der Rückkehr Wilhelms zustimmen.

Im Reichstag verlas heute vormittag, daß sich die Deutschnationalen im Interfraktionellen Ausschuss mit der Aufrechterhaltung des Paragraphen 23 des Republiksschutzgesetzes (Kaiserparagrafen) einverstanden erklärt hätten, und daß der Streit unter den Koalitionsparteien nur noch um die Beibehaltung des Staatsgerichtshofs gehe.

Ein Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion liegt jedoch noch nicht vor.

Mahnung an die Richtlinien.

Die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes wird ein Prüfstein für die Richtlinienrepublikaner werden. Der Beschluß des Zentrums, für die Verlängerung des Schutzgesetzes um zwei Jahre einzutreten, hat den Versuch von Deutschnationalen und Volkspartei durchkreuzt, die Frage der Verlängerung auf das Gebiet der taktischen Fragen zu schieben.

Die Frage der Verlängerung des Republiksschutzgesetzes ist eine politische, keine rein juristische Angelegenheit. Sie muß deshalb auch unter politischen Gesichtspunkten behandelt werden. Die Deutschnationalen haben sich bei Bildung der jetzigen Reichsregierung felerlich zum Schutze der bestehenden Staatsform verpflichtet. Die Verlängerung dieses Gesetzes, das der Republik den nötigen Schutz gewährt, liegt aber ohne

Zweifel im Sinne der damaligen Vereinbarungen. Die einfache Verlängerung des jetzt noch geltenden Gesetzes auf zwei Jahre ist daher die beste Lösung.

Die deutschnationale Presse nimmt den Beschluß des Zentrums mit großer Zurückhaltung auf, läßt aber erkennen, daß die Deutschnationalen nur einer Verlängerung einzelner Bestimmungen zustimmen will. Ueber die Frage des Krisenparagrafen geht sie stillschweigend hinweg.

Die 'Deutsche Zeitung' tobt: 'Der Beschluß des Zentrums, durch den also eine Vorentscheidung über die Frage des Republiksschutzgesetzes geschaffen wird, stellt eine starke Illoyalität gegenüber den anderen Koalitionsparteien und eine außerordentlich schwere Belastung der Koalition als solcher dar. Auch das Zentrum dürfte sich darüber klar sein, daß die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes für die Deutschnationalen, wenn sie auch bisher noch keine klare Stellung eingenommen haben, selbstverständlich ganz untragbar sein muß. Man wird deshalb mit einiger Spannung beobachten müssen, wie sich diese Dinge weiter entwickeln.'

Die 'Tägliche Rundschau' jedoch beschwichtigt: 'Es herrschte vollständige Ruhe, und es berechtigt nichts zu der Annahme, daß in den nächsten Wochen irgendeine fröhliche Spannung eintreten wird.'

Das ist sehr schön gesagt angesichts des Streits um das Republiksschutzgesetz!

Der Teplitzer Parteitag.

Auf dem Wege zur Internationale in der Tschechoslowakei

Der Osterparteitag der tschechoslowakischen Sozialdemokraten hat, die selbstverständlich gewordenen Folgerungen aus der Wandlung der innerpolitischen Situation ziehend, die Parteireferentur beauftragt, zu gegebener Zeit mit der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei in Verhandlungen über die Vereinheitlichung der Politik beider Parteien zu treten.

Wenige Wochen später, am 7. und 8. Mai, hat der Teplitzer Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei aufs neue und besonders nachdrücklich die nie erloschene Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen bekräftigt. Die Rede des Parteivorstehenden Dr. Czech über die politische Situation, die in einem flamenden Ausruf zur Schaffung der sozialdemokratischen Internationale in der Tschechoslowakei ausklang, die herzlichsten, die gleiche Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekräftigenden Begrüßungsworte des tschechischen Genossen Dr. Soukup, alle der gleichen Sehnsucht Wort verleihenden Debattereden wurden mit begeistertester Zustimmung angenommen. Die Entschliessung, die der Parteitag annahm, sagt, daß der Weg zur Zusammenfassung der proletarischen Kräfte nicht über die lediglich agitatorischen und parteimäßigen Zwecken dienende 'Einheitsfront' der Kommunisten führt, sondern zurück in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei.

Diese Bekundung des Willens zur Verständigung mit der tschechischen Sozialdemokratie war das wichtigste Ergebnis des Parteitages. Er hat freilich auch sonst gute Arbeit geleistet: er hat sich sehr eingehend mit der Frage der Gewinnung und Erhaltung des proletarischen Nachwuchses beschäftigt und für die Zusammenfassung aller erzieherischen Arbeiten in einem Erziehungsbeirat gesorgt, der aus Vertretern der Partei, der Jugendorganisation, der Kinderfreunde und der Arbeiterturner besteht. Er hat das Organisationsstatut der Partei revidiert und durch Erhöhung des Parteibeitrages die Möglichkeiten zur Ausgestaltung des Parteiapparates und zu intensiverer Agitation geschaffen — aber das alles tritt zurück hinter der einen großen Frage, die die Lebensfrage des Sozialismus in der Tschechoslowakei ist, der Frage des Zusammengehens der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten.

Ginge es nach dem Willen der Parteimitgliedschaft, könnte Begeisterung allein das große Werk vollbringen — es wäre sofort getan. Aber Begeisterung allein, so wichtig, so notwendig sie ist, so sehr sie das Gelingen beschleunigen wird, genügt nicht. Es muß auch viel Mühe und Arbeit und Geduld sich dazu gesellen, mancherlei erste Schwierigkeiten zu überwinden. Aber man darf nach den beiden Parteitagen, man darf nach der zustimmenden Beurteilung unserer Parteitagverhandlungen durch die tschechische sozialdemokratische Presse — das 'Pravo Lidu' bezeichnete den Parteitag als einen Markstein der Arbeiterbewegung in der tschechoslowakischen Republik —, man darf nach dieser Bildung einer im ganzen deutschen und tschechischen Proletariat lebendigen Stimmung der Sehnsucht, ja der drängenden Ungeduld nach der Vereinheitlichung aller sozialdemokratischen Kräfte wohl als gewiß annehmen, daß auf beiden Seiten mit größtem Ernst, mit bestem Willen an die Ueberwindung aller Hemmnisse geschritten werden wird. Nach dem tschechischen und dem deutschen Parteitag ist, wie Genosse Dr. Soukup sagte, die Zeit gekommen, zu Taten überzugehen.

Seit fünfzehn Jahren schon gehen deutsche und tschechische Sozialdemokraten gesonderte Wege. Verschiedenheit der Geschichte des tschechischen und des deutschen Proletariats, Verschiedenheit des Tempos der Klassendifferenzierung im tschechischen Volke und in der sudetendeutschen Bevölkerung haben Verschiedenheit der politischen Anschauungen in beiden sozialdemokratischen Lagern erzeugt. Die tschechische Sozialdemokratie, die den neuen Staat mit gebaut hat, stand anders zu ihm als die deutsche Arbeiterkraft. Jahrelange Teilnahme der tschechischen Genossen an der Regierung, während die deutschen Sozialdemokraten in der Opposition standen, mußte eine starke Entfremdung zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten zur Folge haben. Aber die deutschen Sozialdemokraten haben gemerkt, daß die geschichtliche Entwicklung deutsche und tschechische Proletariat wieder zusammenführen wird, sie haben an dieser Ueberzeugung selbst in den schlimmsten Tagen festgehalten, sie haben sich zu ihr bekannt auf allen Parteitagen, in allen Kundgebungen der Partei.

Die Entwicklung hat die Erwartungen der deutschen Sozialdemokraten bestätigt. Das wachsende Selbstbewußtsein und die Gewinnung der jungen tschechischen Bourgeoisie, das Erstarken des Bürgertums aller Nationen, das Begehren des deutschen Bürgertums, mit teilzunehmen an der Ausplünderung der Volksgenossen-Arbeiter haben zur Sprengung der nationalen Fronten und zur Aufrichtung einer brutalen Herrschaft des Bürgerbloks geführt. Dieser Bürgerblock hat nicht nur den Arbeitern das Leben verteuert — er greift auch zerstörend nach ihren sozialpolitischen Errungenschaften, er schreckt nicht zurück vor Anschlägen wider die Demokratie selbst unter Verletzung der Verfassung. Damit ist es für die sozialdemokratischen Parteien zum dringendsten Gebot geworden, sich zusammenzuschließen zur gemeinsamen Abwehr, aber darüber hinaus auch zur Vereinheitlichung des Kampfes um neuen Machtgewinn.

Schon die Vorahnung dieses Zusammenflusses, des Sichwiederfindens deutscher und tschechischer Sozialdemokraten

Berufsausbildung und Sozialpolitik.

Das Reich versagt — Sozialdemokratische Forderungen im Landtag.

Im Preussischen Landtag gab heute Abg. Jacob (Soz.) zunächst eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab: In einer Sitzung des Landtages habe ich darauf hingewiesen, daß Bergstrahle bei einer Grubenarbeiterin den Standpunkt vertritt, habe, streikende Bergarbeiter gehörten ins Zuchthaus. Hochstrathe hat das abgestritten und mich als Lügner bezeichnet. Auf dem jetzt auf meinen Strafantrag stattgefundenen Sühnetermin wurde die Richtigkeit meiner Angaben festgestellt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Einige kleinere Vorlagen werden hierauf dem Westauschuss überwiesen.

In der fortgesetzten Beratung des Etats für Handel und Gewerbe erhält zum Kapitel Gewerbliches Unterrichtswesen das Wort Abg. Thiele (Soz.):

Seit einem Jahre ist der Abbau des Berufsschulwesens erschreckenderweise aufgehalten worden. Der Antrag des Ausschusses, den Staatszuschuß pro Kopf des Berufsschülers von 8 auf 20 M. zu erhöhen, wird den Gemeinden die Möglichkeit geben, das Berufsschulwesen weiter auszubauen. Um so mehr bedauern wir den Einspruch des Staatsrates, der den Gewerbeschullehrern die Aufstiegsmöglichkeiten wieder nehmen will und hoffen, daß der Landtag an seinem Standpunkt festhält.

Leider hat die Reichsregierung sich ihrer Pflicht zur alleinigen Aufrechterhaltung des Berufsschulwesens bisher entzogen.

Die von ihr dafür aufgewendeten Mittel sind sehr gering. Nichts ist für die Zukunft der deutschen Wirtschaft so wichtig als die Heranziehung eines durchgebildeten Nachwuchses. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir vermessen insbesondere noch immer die obligatorische Durchführung der Berufsschulen. Solange allerdings die Regierungsparteien im Reich nicht nach dieser Richtung wirken, wird die obligatorische Berufsschule für Preußen nur ein frommer Wunsch bleiben. Dabei kann in einer Zeit der technischen Umwälzung, der spezialisierten Arbeitsmethoden, die beste Ausbildung der Jugend nur im Interesse der deutschen Wirtschaft liegen. Dazu ist vor allem notwendig,

bessere Existenzbedingungen und höhere Löhne

für die Arbeiterschaft und Jugend zu schaffen. Wir verfolgen mit besonderer Sorge, wie Hunderttausende von Jugendlichen beiderlei Geschlechts arbeitslos auf der Straße liegen. Wie diese Erwerbslosigkeit auf die Seelen dieser zum Teil erst Schulentlassenen wirkt, ist nicht auszudenken.

Der Staat hat die Verpflichtung, diese jungen Leute vor der moralischen Verlotterung zu schützen,

indem er sie zusammenfaßt und in dazu errichteten Werkstätten nach Reingung und Veranlagung beschäftigt. Hier sind verschiedene Gemeinden bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Wir verlangen, daß die gesamte erwerbsfähige Jugend den Berufsschulen zugeführt wird, um sie wenigstens einige Stunden in der Woche für das Leben vorzubilden. Die Einrichtung von Lehrwerkstätten ist anzustreben.

Die weibliche Jugend besucht leider nur in ganz geringem Maße die Berufsschulen. Die Ausrede, daß das weibliche Geschlecht arbeitslos ist in dieser Zeit der Anspannung auch der weiblichen Arbeitskräfte nicht aufrecht zu erhalten. — Mit aller Entschiedenheit werden wir die Einführung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach bekämpfen, da die Zahl der Pflichtstunden in den Berufsschulen bereits außerordentlich knapp ist. Der Redner schließt unter dem Beifall der Sozialdemokraten mit einem Dank an die Berufsschullehrerschaft, die in ihrem Bestreben, die Jugend zu tüchtigen Staatsbürgern heranzubilden, außerordentliches geleistet haben.

Die Debatte dauert noch an.

Die Weltwirtschaftstagung.

Pugh dritter Vizepräsident der Industriekommission.

Genf, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Industriekommission der Wirtschaftskonferenz begann ihre heutige Arbeit mit der Wahl des englischen Arbeitervertreter Pugh zum dritten Vizepräsidenten. Damit wurde nachträglich einem Wunsche der Arbeitnehmergruppe Rechnung getragen, welche bei der Wahl des Vizepräsidenten und Berichterstatters bei der Kommission übergangen worden war. Zugleich erklärte der Präsident den Vorschlag der Arbeitergruppe für Einlegung von drei Unterausschüssen für die Rationalisierung, für die Industriestatistik und für die internationalen Kartelle entsprechen zu wollen. Diese Verständigung mit der Arbeitnehmergruppe macht die auf heute nachmittags in Aussicht genommene und gemeldete Plenarsitzung der Konferenz zur Wahl eines erweiterten Ausgleichsausschusses unnötig, in welchen auch ein tschischischer Arbeitervertreter hineinkommen sollte.

Genosse Mertens bedauerte, daß infolge dieser Widerstände der betreffenden Arbeitgeberkreise, besondere Unterausschüsse für die wichtigsten Industrien Kohle, Eisen, Stahl usw. nicht gebildet werden können.

Hierauf hielt der Präsident der Internationalen Vereinigung für wissenschaftliche Arbeitsmethoden ein Referat über die Rationalisierungsbewegung, in welchem er u. a. darauf hinwies, daß die Rationalisierung auch in Sowjetrußland zahlreiche überzeugte Anhänger zählte. Der zweite Unterausschuss der Handelskommission hat die allgemeine Diskussion geschlossen und eine zwölfgliedrige Redaktionskommission eingesetzt.

Dreimal bei Briand.

Pariser Mutmaßungen über die deutschen Schritte wegen des Rheinlandes.

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der 'Matin' äußert zu dem gestrigen Besuch des deutschen Geschäftsträgers Dr. Rieth bei Briand, daß der Zweck dieser, in einer Woche dreimal wiederholten Demarche ohne Zweifel auf die Absicht Stresemanns hinauslaufe, die neue Reichstagsession mit einem diplomatischen Erfolg eröffnen und den Nationalisten, die ihn in seiner Ministerstellung bedrängten, eine Herabsetzung der Eisenbestände der allierten Truppen im Rheinland ankündigen zu können. Im Laufe der Unterredung soll Briand, dem Blatte zufolge, darauf hingewiesen haben, daß Frankreich allein diese Frage nicht entscheiden, sondern London und Brüssel mitzusprechen hätten und daß gerade London in diesem Punkte mit 'sehr viel Vorsicht und Opportunismus' vorzugehen beabsichtige. Dem 'Beit Parisien' zufolge soll Briand darüber hinaus betont haben, daß die Reichsregierung gut täte, die Frage der Ostbesetzungen und ihre Zerstückelung endgültig zu erledigen, um das Kapitel der Entwaffnung nunmehr zu schließen; dann erst könnte nützlichweise an die Frage der Herabsetzung der Truppenstärke im Rheinland herangetreten werden.

Seipel verbreitert seine Basis.

Wien, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen der Regierung mit dem Landbund haben dessen Bereitwilligkeit zum Eintritt in das Kabinett ergeben. Als Kaufpreis erhält der Landbund nicht das von ihm geforderte Landwirtschaftsministerium, sondern den Staatssekretär in diesem Amt. Außerdem soll er noch einen Minister ohne Ressort stellen und an den verschiedenen Länderregierungen beteiligt werden.

gab dem Parteitag Schwung und Begeisterung, freudige Kampfstimmung. Die Delegierten waren aus erfolgreichem, die Massen des deutschen Proletariats aufrüttelndem Kampfe gegen die deutschen Regierungsparteien gekommen — sie freuten sich der neuen Kämpfe, die sie bereits in Gemeinschaft mit den tschechischen Genossen führen zu können hoffen.

Die Sozialdemokratische Partei ist die stärkste deutsche Partei in der Tschechoslowakei, trotz der Wahlniederlage von 1925. Ihre Reihen sind, seit der Volksgemeinschaftsschwindel der Deutschbürgerlichen durch ihre „aktivistische“ Bürgerblockpolitik enthüllt ist, wesentlich gestärkt worden. Sie würden rasch, sehr rasch anwachsen, wenn die Verständigung mit den tschechischen Sozialdemokraten gelänge — und beide sozialdemokratische Parteien würden bald eine unüberwindliche Macht werden. Das wäre, wie Dr. Czech auf dem Parteitage sagte, das köstlichste Geschenk, das die Arbeiter der Tschechoslowakei der Internationale bringen können.

Der Koalitionswirrwarr.

Eine erbauliche Predigt.

Die „Nationalliberale Correspondenz“, der „Pressedienst der Deutschen Volkspartei“ steht sich heute wieder mit den Deutschnationalen auseinander wegen der schönen Extratouren, die sich die neuen Koalitionsbrüder in ihren Reden und ihrer Presse leisten. Natürlich ist das Gerede von den linksstehenden Zeitungen über einen Koalitionswirrwarr nicht begründet. Trotzdem muß die erwähnte Korrespondenz zugeben, daß die Deutschnationalen alles Mögliche tun, um die deutsche Außenpolitik und ihren Leiter Stresemann von den bisher beschränkten und in den „Richtlinien“ des Reichsbüros durch für die Zukunft festgelegten Wegen abzuwandern. Besonders ärgerlich ist der Volkspartei die persönliche Hege gewisser Rechtskreise gegen Stresemann. Die Predigt kommt zu dem Schluß, daß man durch Koalitionsarbeit das Gerede von dem Wirrwarr zum Schweigen bringen müßte und sagt wörtlich:

Das Einschwenken in die Bahnen der Regierungspolitik ist den deutschnationalen Organisationen im Lande zweifellos nicht leicht geworden. Wir haben durchaus Verständnis dafür, daß ihnen eine Ubergangszeit für diese Anpassung an die neuen Verhältnisse gelassen werden mußte. Diese Zeit dürfte aber nun vorüber sein. Für eine deutschnationalen Propaganda, die die Dinge so hinstellt, als ob alles Gute, was die Koalition im Reiche zu Wege bringt, einziges Verdienst der Deutschnationalen sei, während alles, was nicht erreicht oder durchgeföhrt werden kann, auf das Schuldkonto der anderen Parteien zu buchen sei, in außenpolitischer Hinsicht, z. B. auf das Konto Stresemann, für eine solche Propaganda ist die Zeit endgültig vorüber, wenn nicht die Deutschnationalen Volkspartei das Gerede der Linken vom „Koalitionswirrwarr“ fördern will. Wir nehmen an, daß dies nicht der Fall ist, daß im Gegenteil der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei die Fortsetzung einer gebührenden Koalitionsarbeit wichtiger ist. Daraus muß sich dann aber auch die deutschnationalen Propaganda nach außen einstellen.

Das klingt mehr deutsch als schön. Wir fürchten nur, daß die Deutschnationalen sich durch dieser Predigten nicht von der großen Aufgabe abbringen lassen werden, um deren willen sie in die Regierung gegangen sind: von der Er-ringung der politischen Macht für die äußerste Reaktion. Da sie diese nicht auf Kosten der Arbeiterparteien, sondern nur der ihrer bürgerlichen Nachbarpartei erwarten können, werden wohl die Klagen der Volksparteiler, die sich dabei auf die Füße getreten fühlen, nicht allzu schnell verstummen. Aber die Volkspartei hat es ja nicht besser gewollt und darf sich nun nicht darüber wundern, wenn links von ihr über den Krach im Koalitionslager die reinste Freude herrscht.

Die Schrottschere.

Von Heinrich Berich.

„Ich bin sicher nicht zärtlich veranlagt!“ sagte der Hilfsarbeiter in dem Schrottlager, für das wir gelegentlich Kessel und Maschinen abmontierten. „Ich war vier Jahre lang Soldat. Zuletzt war ich ein Jahr lang arbeitslos in Duisburg. Da kriegte ich einen Posten in der Eisenhütte an der Schrottschere. Junge, das war ein Biest: die dicksten Profile von Stahlschienen knappte sie mit ihrem Maul, als wenn ich einen Priem Kautabak abbeißte. Das knallte wie Kanonenschüsse, wenn wir ihr Träger R. P. 30 ins Maul steckten. Da sieh' ich schon acht Tage dran, die Arbeit gefällt mir zwar nicht, aber ich war froh, daß ich aus der Hungerleiderlei heraus war, ich und meine vier Kinder. Ich verdien' auch ganz schön dabei, und doch hat so ein Kojung es fertig gebracht, mich da hinaus zu eksen, trotzdem ich nicht zärtlich veranlagt bin. Denk dir, da erzählt mir der Bursch, wie ich an der Schere steh und mein Werk tu:

„Der Mann, der vor dir daran gestanden hat, der machte sich nicht so viel Arbeit mit dem Scheren, wie du, der machte das alles ganz mechanisch, so gewohnt war er das. Mit geschlossenen Augen griff der so gewohnt die Hebel auf wie du mit den offenen Augen; der machte sich nicht müd. Der konnte eine ganze Nacht geöffnet haben, dann schlief er bei der Arbeit aus. Mechanisch machte er das, ganz mechanisch!“

„Und warum macht er das heute nicht mehr mechanisch, ganz mechanisch?“ frug ich Esel da den Burschen.

„Ja, da duselte er wieder mal so herum, da war er aber ganz müdtern, und läßt ohne abzustellen laufen, wie immer; da meint er, eine Hallschraube wäre abgebrochen. Ganz mechanisch steckt er den Kopf unter die Welle, er weiß ja, wieviel Sekunden das oben bleibt, da bleibt er mit dem Kockfragen in einem Span hängen. Er ruht und reißt und kommt nicht los und das Weller senkt sich langsam und schneidet ihm den Kopf ab. Wie der Kopf ihm nun nicht mehr hindert, da steht er wieder aus der Rückenbeuge auf, ganz langsam richtet er sich hoch, wie er es gewohnt war von so langen Jahren her, stellt zuerst den Schalthebel ab, dann den Motorhebel und schaltet auch noch das Licht aus, gerade als wenn er Feierabend hätte. Erst dann fiel er um. Steht du, so mechanisch kann man Arbeit machen lernen!“

„Dah' ich dem Burschen eine Ohrfeige gab, daß er in die Klamotten rollte, das war nicht schlimm, aber daß ich es nicht fertig brachte, auf demselben Fieck länger stehen zu bleiben, dieselben Hebel zu betätigen, dieselben Bewegungen zu machen wie der Mann mit dem abgeschneittenen Kopf, das hätte ich nicht gedacht. Ich melde mich ein paar Tage später krank, ich gehe wieder hin und versuche wieder zu arbeiten, aber immer fühle ich mich als der Kamerad, der all die Jahre vor mir hier gestanden hat. Und ich sehe immer meinen dellen Kopf den Weg aller Schrottschere fallen. Und wenn ich es

Hindenburg und Stahlhelm.

Warum war er nicht in Berlin?

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat zwar die Führer des Stahlhelms einige Tage vor ihrer Demonstration empfangen, am Tage der Kundgebung selbst aber ebenso wie die deutschnationalen Minister Berlin den Rücken gekehrt. Damit hat er es, wie zu erwarten war, keinem recht gemacht. Während man auf der linken über den Empfang einer Gesellschaft, deren Verfassungsfeindlichkeit kaum bestritten werden kann, unruhig wurde, hat die Entfernung von Berlin am Demonstrationstage in den Reihen des Stahlhelms ein hörbares Knarren zur Folge gehabt. In der deutschnationalen Presse, die schon aus Gründen der „Futtertruppe“ auf ein gutes Verhältnis zum Reichspräsidenten den größten Wert legt, ist allerdings nichts davon zu merken. Die gekränkte Stahlhelmführerschaft muß daher ihre Zursucht zur politischen Presse nehmen. Dort veröffentlicht der Oberst a. D. Graf Bernstorff einen offenen Brief an den Reichspräsidenten, in dem es heißt:

War es unbedingt notwendig, gerade an diesem Tage von Berlin fern zu sein, zog Sie, Herr Feldmarschall, nicht Ihr treues Soldatenherz zu Ihren alten Kameraden? Waren Sie nicht verpflichtet, die Wachschafften Ihrer Umgebung, die gerade an diesem Tage den Befehl in Oldenburg veranlaßte, mit einem Federstrich zu befehlen und zu sagen, ich will als einstiger Führer meine alten Kameraden wiedersehen und ihnen sagen, daß ich mit dem Herzen bei ihnen bin, wenn mich auch meine jetzige Pflicht abhält, in ihren Reihen zu stehen?

Diese Frage wird, wie es in dem Brief heißt, „in aller Ehrfurcht und Ergebenheit“ aufgeworfen. Aber wie hinter den Kulissen geschimpft wird, kann man sich danach ungefähr vorstellen.

„Reinopp“.

Wie es in der SPD. Wasserkanne aussieht.

Im Bezirk Wasserkanne der SPD. gärt es gewaltig. Eine Reihe von bekannten Kommunisten sind ausgeschlossen worden, ohne daß der Bezirk zur Ruhe gekommen wäre. Uns geht das folgende Schreiben zu, das tief blicken läßt:

SPD. Wasserkanne
Hamburg, den 5. Mai 1927.

An sämtliche Stadtteile, Ortsgruppen, Zellen und Gewerkschaftsfunktionäre!

Genossen! Ein Reichsrei geht durch die Reihen unserer Partei, und keiner kann sich des Eindruckes erwehren, daß wir durch Verrat aufgetrieben und vor aller Welt blamiert werden. Was ist aus unserer Partei geworden, seitdem die Thälmann, Brandler, Stöcker und Abdaleno usw. die Führung in Händen haben? Die Partei zerfällt, kein Reichs nimmt uns mehr ernst, und stinken tut es an allen Ecken und Enden. Man kann keinem Funktionär mehr trauen, weil man nicht weiß, ob er nicht ein bezahlter Spitzel ist. Thälmann gilt heute allgemein als einer, dem man nicht mehr über den Weg trauen kann. Er hält sich die letzte Zeit viel in Hamburg auf, vielleicht ist er schon geflohen.

Wir haben uns jetzt in der Partei zu einer Reinigungsopposition (Reinopp) zusammengeschlossen und wollen alle und alles beseitigen, was unserer Partei schadet. Darum schicken wir Dir noch das beiliegende Flugblatt, damit Du siehst, wie es in Wirklichkeit bei uns ist. Verteile es in Deinem Betrieb, damit die Genossen aufgeklärt werden.

Mit komm. Gruß! Reinigungsopposition in der SPD. Wasserkanne.

Das in diesem Schreiben erwähnte Flugblatt spricht von einem Korruptionsfall in der Bezirksleitung Wasserkanne und der Verlagsgenossenschaft „Graphische Industrie“ Hamburg, bei dem die Kommunistische Partei und Genossenschaft um mehr als 100 000 Mk. bestohlen worden sein sollen, es behauptet, daß Thälmann aber von der

Parteiliederschaft in Schiffbet München-Grabbach, Düsseldorf, Hagen, Neuf, Hannover, Frankfurt, Berlin-Lichtenberg, Dortmund, Rostock, Hamburg-Barmbeck, Altona und noch vielen anderen Orten als Parteisöldling gebrandmarkt worden sei.

Bei dieser inneren Einigkeit predigen die Kommunisten die Parole Einheitsfront!

Kommunistische Immunität aufgehoben.

Starke Mehrheit in der französischen Kammer trotz sozialistischer Proteste.

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer hat gestern der Justizminister Barthou die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der kommunistischen Abgeordneten Doriot, Duclos, Marty und Clamamus beantragt. Ein ähnlicher Antrag gegen Cachin liegt bereits vor. In einer längeren Interaktion protestiert der sozialistische Abgeordnete Uhrig gegen diese Forderung mit dem Hinweis, daß es absolut unzulässig sei, die parlamentarische Immunität eines Abgeordneten aufzuheben, der nicht in der Kammer anwesend, wie dies im Falle Doriot sei, der in China weilt. Im Namen der sozialistischen Partei forderte Uhrig sämtliche Republikaner der Kammer auf, gegen diesen Regierungsantrag zu stimmen. Trotzdem wurde dieser sozialistische Antrag mit 364 gegen 151 Stimmen abgelehnt und der Antrag des Justizministers der zuständigen Kommission überwiesen, die ohne Zweifel sich für die Aufhebung der Immunität aussprechen wird. Die kommunistischen Abgeordneten werden wegen Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam und anti-französischer Propaganda, besonders in den Kolonien, verfolgt werden. (Die Immunitätsaufhebung, Strafverfolgung und eventuelle Beurteilung von Abgeordneten hat in Frankreich nur platonischen Charakter, solange der Abgeordnete sein Mandat ausübt. Sie erhält erst dann praktische Bedeutung, wenn der Abgeordnete nicht wiedergewählt wird. Red. d. „B.“)

Braunschweigs Rechtskurs.

Aufhebung des Verbots einer republikfeindlichen Organisation.

Braunschweig, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die braunschweigische Stahlhelmregierung hat das Verbot der reaktionären völkischen Organisation „Der brave Heckerich“ aufgehoben. Das Verbot wurde im Juli 1922 von der Linksregierung ausgesprochen. Während in Preußen Wiking und Olympia verboten werden, gibt die braunschweigische Rechtsblockregierung den verbissenen Feinden der Republik aufs neue Gelegenheit, ihre Wählerarbeit zu verrichten.

Geheimer Justizrat Maximilian Kempner, einer der bekanntesten Vertreter der deutschen Industrie, ist heute morgen im Alter von 74 Jahren einem Herzschlag erlegen. Seine große Kenntnis des Aktienrechts und seine weitgehenden persönlichen Beziehungen machten ihn zu einem der geschäftstüchtigsten Aufsichtsräte. Er war auch Mitglied des Reichswirtschaftsrats und Vorsitzender des Reichsstatistiks. Politisch neigte er den Demokraten zu. In der großen Politik hatte er allerdings nur eine kurze Gastrolle gegeben; er wurde nämlich bei der Reichstagswahl im Jahre 1918 in Berlin als Kandidat der Fortschrittspartei gewählt, bald darauf ging jedoch der Reichstag infolge des Unsturzes auseinander. Um so intensiver war seine Tätigkeit in der Industrie, für die er auch als Sachverständiger bei deutschen und internationalen Wirtschaftsverhandlungen auftrat.

Das rote Altmann-Puchheim. In dem bekannten Eisenbahnknotenpunkt, wo die Salzammergubahn von der Hauptstrecke Salzburg—Linz abzweigt, haben unsere Genossen die Gemeinderatsmehrheit erobert und gegenüber dem Siegestag des 24. April noch erheblich Stimmen gewonnen.

Bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl für Masaryk zu stimmen, haben die Fraktionen der tschechischen Sozialdemokratie beschlossen.

fertig brachte, am Tag einmal nicht so viel daran zu denken, dann träumte ich des Nachts davon, dann war ich am Morgen müder als am Abend. Bierzehn Pfund Gewicht habe ich abgenommen in zehn Tagen, da schlug ich in den Sack und hätte um alles in der Welt nicht mehr auf dem Bau gearbeitet. Meinst du, der Herr auf dem Bureau hätte das verstanden, bei dem ich mich wieder arbeitslos meldete? Jawoll! Böswilliges Verlassen der angewiesenen Arbeit! Ich bin nicht zärtlich veranlagt, jetzt liege ich vier Stunden am Tag auf der Bahn, aber lieber will ich zu Fuß traben und meine Ruhe haben, als mich immer mit einem abgeknüppelten Kopf zu fühlen und in Duisburg bei meinem Weib zu wohnen.“

Kammerstücke: „Das Land der Irene“ von Siegfried Trebitsch. Eine Plauderei — damit der Stil richtig charakterisiert wird: ein Geschmür über zwei verheiratete Leute, die die Ehe nicht vertragen. Darum versucht sich Gregor bei Vera, der dritten Dame, der Dritten im Bunde, die gerade von Agathe, der Legitimierten, porträtiert wird. Agathe läßt in der Karnesalonnacht ihre sinnlich-zitternde Hand solange in der Hand des Föschingfiguranten, daß Gregor schon das Allerschlimmste glaubt. Kurz nachdem Agathe von ihrem jetzt erfolglosen Versuch geheilt ist, und nachdem Gregor den Revolver, den er schon aus dem Säurebüch gezogen hatte, trotz eines verzweifeltsten Monologes nicht abgetan hat. Es ist alles so durchsichtig, so dumm, so verführerische Literatur, daß man gar nicht zu diskutieren braucht, weder theatralisch noch psychologisch. Es spielen etwas sommerlich, aber auch von dem geistreichen Dichter gelohnt, Paul Otto, Maria Feln, Julius Falkenstein, Lucille Voosty und Theodor Loos. M. S.

„Alt-Berlin“ im Theater in der Klosterstraße. Wüssen sich die Vorgänge, die Herr Heinrich Lee schildert, notwendig in Berlin vollziehen? Eine große Weib, Andeutung von Dialektbildung und Erwähnung bekannter Berliner Dialektstellen um den Spittelmarkt herum schaffen eine Ahnung von Milieuschilderung; doch die Menschen könnten ebenso gut in Bacherad oder in Elbing ein harmloses Dasein führen. Ist denn das alte Berlin unbedingt notwendig, um dem Zuschauer verständlich zu machen, daß sich eine wohlbegüterte Kandidatwitwe in einen abgegangenen Tenor verliebt, ihn heiratet und ihn dazu noch durch alle Fährlichkeiten der Großstadt hingehend bis zur Bahre betreten wird? Und außerdem ist dieser sogenannte Schwanz so arm an Wigen, an Situationskomik, dem Verfasser fällt beim besten Willen nichts mehr ein, daß man über vier Akte hinweg darüber nachdenkt, warum Herr Lee ausgerechnet den Beruf eines Bühnenautors wählt. Regie und Darstellung um ihr Bestes, um den Zuschauer definitiv im Unklaren darüber zu lassen, welche Zeit hier eigentlich Gestalt gewinnen soll. Neben Kriminalroman werden Telephon und elektrische Straßenbahn erwähnt. Sämtliche Finger machen Lieberstunden, um das alles auseinander zu halten. Kurt Keller. Reberl spielt den verdrachten Tenor, er weiß mit der Rolle nicht viel anzufangen, aber dann singt er ein Lied, das mit Hildaschem Del gefalbt ist, mit einer erstaunlich parodistischen Begabung. Ein echter Andeltenor steht auf den Brettern, ein Chansonnier, der mit wütender Hingabe in Blaublümchenfisch macht. Marie Borhardt

ist eine derbe und vollstellige Birrin, die den Heldenkampf um den Berliner Dialekt siegreich besticht! Die anderen Darsteller bemühen sich redlich, um kerniges, handfestes Theater. F. S.

Öffnet die Museen am Abend. Der künftige Generaldirektor der staatlichen Museen sollte in sein Programm auch die Forderung aufnehmen, die Sammlungen am Abend offenzuhalten. Das Beispiel Amerikas, wo alle großen Museen abends bei künstlichem Licht geöffnet sind und dann den stärksten Besuch haben, hat gezeigt, daß die Anlage von Lichtleitungen ohne jede Gefahr für die Sicherheit der Sammlungen ist. Bisher haben in Berlin nur die beiden Bibliotheken der Museen die Möglichkeit, auch bei elektrischem Licht benutzt zu werden. Erst kürzlich hat die Berliner Handwerkskammer beschlossen, sich an die Kunstverwaltung zu wenden, damit die Museen auch an den Abenden der Wochentage geöffnet werden und die kunstgewerblichen Sammlungen ihre erzieherische Wirkung auf die Ausbildung des Nachwuchses üben können. Erst die Öffnung der Museen am Abend würde der arbeitenden Bevölkerung den Besuch ermöglichen. Der Sonntag, an dem man früher die Museen zu besuchen pflegte, wird immer mehr Ausflugs- und Sporttag und kommt für einen Weg in die Stadt hinein zu den Museen immer weniger in Betracht.

Der Neubau eines mathematischen Instituts in Göttingen. Der seit zwei Jahrzehnten bestehende Plan, in Göttingen einen Neubau für das Mathematische Institut zu errichten, ließ sich bisher nicht durchführen. Schon vor dem Kriege hat Herr Krupp v. Bohlen für den Neubau eines Mathematischen Instituts ein Grundstück gekauft. Nunmehr hat sich der International Education Board (Rückföller-Stiftung) bereit erklärt, zum Bau eines Mathematischen Instituts 350 000 Dollar zur Verfügung zu stellen, um so die Durchführung der alten Pläne, die auf den berühmten Forscher Felix Klein zurückgehen, zu ermöglichen. Die preussische Staatsregierung hat diese Stiftung mit Dank angenommen.

Die Festspiele in Delphi. Am zweiten Tage der Delphischen Festspiele wurde eine Ausstellung ländlicher griechischer Kunst besucht. Die Stände der verschiedenen griechischen Landesteile fanden die Bewunderung der Besucher. Am Nachmittag wurden Kampfsportspiele im antiken Stadion von Delphi in geistreuer Nachahmung des antiken Vorbildes veranstaltet. Die Wettkämpfer brachten nach oder in antiker Ausrüstung den antiken Fünfkampf und andere alte Kampfsportspiele zur Ausführung und sangen den alten Kriegstanz.

Die Volkszählung in Kanada ergab nach Feststellung des amtlichen statistischen Bureaus eine Bevölkerung von 9 385 300 Personen. Gegen 1921 ist eine Zunahme von 600 000 zu verzeichnen.

Harry Wigman urbe ismecho. Sonntag, vermisst 11^{1/2} Uhr wird Harry Wigman unter Beteiligung seiner Gruppe in einer Kantine der Volkshöhle (im Theater am Schauspielhaus) gesehen, wie sie unterrichtet und von den ersten Lehungen zu vollendeter Tongestaltung fortgeschritten. Karten zu M. 1.80 an den Deutschen Theaterhallen. Die Mitglieder zahlen im Theater 50 Pf. noch.

Im Theater des Wessers beginnt am 20. Mai die Saison mit der Oper „Die Kallistrata“ von Engelke. Heinrich Genes erste „Klee“ von Weis mit der Rolle von Waldemir Lindemann.

Gründung einer Musikschule. Am 1. Oktober wird in Eisen eine städtische Musikschule für Musik, Bewegung und Sprache eröffnet werden, deren künstlerische Leitung in den Händen von Max Fiedler und Rudolf Schulz-Dornburg liegen wird.

Ein politischer Abenteurer.

Krull nicht vor Gericht erschienen.

Gegen den angeblichen Leutnant a. D. Ernst Krull sollte heute vor dem Schöffengericht Schöneberg wegen Betruges verhandelt werden. Es handelt sich dabei um eine nichtbezahlte Zechschuld. Wie bereits gemeldet, war Krull auf dem Gefangenentransport aus der Strafanstalt Tegel, in der er gegenwärtig eine ihm ebenfalls vom Schöffengericht Schöneberg auferlegte neunmonatige Gefängnisstrafe verbüßt, unterwegs entwichen. Das von Krull seinem Verteidiger gegebene Versprechen, sich selbst zu stellen, hat er nicht erfüllt. Er war zum heutigen Termin nicht erschienen, und die Verhandlung mußte daher vertagt werden. Ein neuer Haftbefehl wurde vom Gericht nicht erlassen.

Krull ist übrigens ein politischer Abenteurer, der in zahlreichen Affären mit politischem Hintergrund seine Hand im Spiele hat. Zum ersten Male wurde sein Name genannt, als man in seinem Besitz die silberne Uhr der ermordeten Rosa Luxemburg vorfand, und er wurde auch wegen Diebstahls deswegen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Später schwebte gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Beteiligung an der Ermordung von Frau Rosa Luxemburg. Dieses Verfahren wurde aber eingestellt, da sich nicht klar erweisen ließ, ob nicht die dunklen Andeutungen, die Krull nach dieser Richtung hin gemacht hatte, lediglich eine seiner vielen Renommistereien gewesen war. Auch mit der Ermordung Erzbergers kam er in Verbindung. Er hatte sich dem Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit angeboten, zur Ergreifung der Täter, mit denen er Verbindung haben wollte, behilflich zu sein. Die ihm zur Verfügung gestellten Mittel benutzte Krull zu einer abenteuerlichen Reise nach Portugal, Frankreich und Holland. Dabei trieb er ein doppeltes Spiel und unterrichtete die andere Seite von den gegen sie getroffenen Maßnahmen. Nachdem ein Steckbrief gegen ihn erlassen worden war, wurde er in Holland festgenommen und ausgeliefert. Diese Vorgänge waren ebenfalls Gegenstand von Strafprozessen gegen Krull, so daß er bereits sehr häufig ungewollter Gast in Moabit gewesen ist. Seine letzte Verurteilung hatte nur insofern einen politischen Beigeschmack, als er verschiedene strafbare Handlungen mit einem Ausweispapier auf den Namen eines Regierungsrates Dr. Kofmann verübt hatte. Krull behauptete, daß er von einer maßgebenden Persönlichkeit im Polizeipräsidenten den Ausweis erhalten habe. Ob das auf Wahrheit beruht, konnte damals vom Gericht nicht festgestellt werden. Es wurde aber erwiesen, daß Krull eine Reihe von Formularen aus der Politischen Abteilung des Polizeipräsidenten im Besitz gehabt hat, die er für seine „geschäftlichen“ Manipulationen benutzte.

Die anderen lachen dazu.

Ein Leser schreibt uns: Dienstagabend am Belle Alliance-Platz. Ein Menschenauflauf, lärmende Stimmen. In der Mitte ein Mann, der sich mit dem Taschentuch eine blutende Stelle im Gesicht zupflicht. Er schreit, er droht, er redt seine Faust gegen einen unsichtbaren Feind. Und andere mit ihm. Junge Arbeiter, ältere Arbeiter, mit rauhen Händen und rauhen Stimmen. „Ihr seid die wirklichen Faschisten, Ihr seid bezahltes Vord, Ihr seid die schlimmsten Bonzen!“ So rufen sie.

Ich hörte: Kurz zuvor hat sich an dieser Stelle eine Prügelei zwischen roten Frontkämpfern und „linken“ Kommunisten zugetragen. Zuletzt wurde mit schlagenden Gruben gearbeitet, die Frontkämpfer räumten eilends das Schlachtfeld, der Führer der anderen Gruppe blieb mit blutendem Gesicht zurück.

Am Rande der Ansammlung stehen gutgekleidete Bürgerliche, Herren und Damen. Sie lachen, sie freuen sich über dieses Schauspiel. Warum auch nicht? Solange Arbeiter, „revolutionäre“ Arbeiter noch dazu sich gegenseitig mit Faustschlägen bearbeiten, so lange droht ihr guter Kleidung keine Gefahr.

Ich aber mache mir meine eigenen Gedanken über dieses Musterbeispiel kommunistischer „Einheitsfront“.

Das amerikanische Bauprojekt.

Die Verhandlungen über das amerikanische Bauprojekt für das Schöneberger Südgelände werden im Laufe des heutigen Tages unter Leitung von Stadtrat Buxig und Stadtrat Kay mit den Vertretern der Firma Chapman u. Co. fortgesetzt, nachdem es bekanntlich im Magistrat wegen dieser Angelegenheit zu Differenzen gekommen ist, die den Rücktritt des Stadtdirektors Dr. Wagner von der Verhandlungsleitung zur Folge hatten. Die Amerikaner, die ihr Angebot bis zum heutigen Mittwoch befristet hatten, haben ihr Angebot auch über diesen Termin aufrecht erhalten. Wie wir aus Kreisen des amerikanischen Konsortiums hören, ist man dort der Ansicht, daß die Verhandlungen sich trotz allem günstig gestalten werden, und daß es in den nächsten Tagen zu einer Verständigung kommen wird. Mittel aus der Haussteuer werden nun wohl nicht zur Verbilligung der kleineren Wohnungen, deren Herstellungskosten naturgemäß teurer sind als bei größeren, verwendet werden. Es ist aber möglich, daß der Magistrat auf andere Mittel und Wege sinni, um mit Rücksicht auf die weniger zahlungsfähige Bevölkerung, der hauptsächlich das Bauprojekt zugute kommen soll, die Mieten für die Kleinwohnungen zu ermäßigen.

Abschiedskonzert der Schupo.

In der staatlichen Hochschule für Musik gab das Sinfonie-Orchester der Schupo sein diesjähriges Abschiedskonzert. Das Programm war sorgfältig zusammengestellt. Figaros Hochzeit eröffnete den Reigen der musikalischen Darbietungen und man kommt dabei immer wieder zur Erkenntnis, daß es vor und nach Mozart wohl keinem gelungen ist, mit einfachen Mitteln der Musik einen so reich entzündend wirksamen Chorale zu geben. Das Orchester spielte die Ouvertüre sehr fein und exakt, während die Interpretin der wundervollen Ariens: „Ihr, die ihr Triefe“ und „Neue Freuden, neue Schmerzen“, Frau Juergens-Kuhlentkamp, ihrer Aufgabe nicht recht gewachsen war. Man hörte dann Mendelssohns „Sommernachtsstraum“, diese entzückende Musik gewordene Romantik, ohne die man sich Shakespeares Wert überhaupt nicht denken kann. Leider ging die ungemein zarte Baldestimmung durch das zu rasch genommene Tempo etwas verloren. Eine junge Debutantin, Annerose Cramer, spielte mit verblüffender Technik und praktischem Anschluß ein Konzertstück von Weber. Das zahlreiche erschienen Publikum, unter dem man Reichstonsler Dr. Marx, Polizeipräsident Jürgel, Polizeidirektor Dr. Weiß und andere bemerkte, spendete den Künstlern Beifall.

„Ingenieur Schirt.“

Arbeitslose, die Beschäftigung suchen, seien vor einem Schwindler gewarnt, der sich „Ingenieur Schirt“ nennt. Ein Mann von etwa vierzig Jahren bestellte die Beute nach einem Vokal in der Trestowallee in Rarischdorf, vielleicht auch anderswohin und spiegelte ihnen vor, daß er in der Türschmidtstr. 4 zu Rummelsburg eine Werkstatt betreibe, für die er geeignete Beute suche. Nach den Verhandlungen bittet er die Werbener um ihre Papiere, Steuerkarten und dergleichen. Er begründet das damit, daß er am nächsten Tage, wenn die Angenommenen ihre Arbeit ansetzen sollen, vielleicht nicht selbst in der Werkstatt sein werde. Er wolle deshalb die Papiere vorher seinem Vorkler übergeben, damit dieser Bekleid wisse. Zu ihrer größten Enttäuschung finden aber die Arbeiter, wenn sie morgens erscheinen, in der Türschmidtstraße 4 weder eine Werkstatt noch einen Vorkler. Der Schwindler hat es ohne Zweifel nur darauf abgesehen, sich zu unlauteeren Zwecken Ausweispapiere zu verschaffen. Er mag wohl irgendwo eine sogenannte „Liebhabfabrik“ betreiben. Nach der übereinstimmenden Beschreibung ist er etwa 1,62 Meter groß und dunkelblond. Er trug bisher einen braungrünen Jacketanzug und eine Brille.

Das Blutkonto des Zigeuners.

Ein vielfacher Raubmörder endlich ergriffen.

Wegen einer ganzen Reihe von Mordtaten wurde ein jetzt 38 Jahre alter Zigeuner Hermann Herzberg gesucht, über dessen Verbrechen wir auch wiederholt berichtet haben. Nach mehr als acht Jahre langer Verfolgung ist es jetzt endlich der Landjägerabteilung Pflakalen gelungen, den gefährlichen Menschen nach einem Feuergefecht unschädlich zu machen.

Seit Jahren wurden in allen Gegenden Deutschlands, bald im Osten, bald im äußersten Westen, Mordtaten und Raubüberfälle an Landjägern, Förstern und Zigeunern verübt, ohne daß es jemals gelang, den Haupttäter zu ermitteln. Es war zwar wiederholt ein verdächtiger Mann vom Zigeunertyp geles worden, und die Personalsbeschreibung stimmte überein, die Zeugen geben aber jedesmal einen anderen Namen an. Zu Ende des Jahres 1925 unternahm es die Mordinspektion A der Berliner Kriminalpolizei, die bei den verschiedensten Strafbehörden angelegten Akten über diese geheimnisvollen Morde zu sammeln und eine einheitliche Verfolgung in die Wege zu leiten. Durch Nachforschungen und Vernehmungen bei durchziehenden Zigeunerstämmen erfuhren die Beamten von einem Manne, über den keine Volksgenossen eine auffallende Zurückhaltung zeigten. Sie schienen ihn zu fürchten und wollten über seinen Aufenthalt nie mit der Sprache heraus. Man erfuhr nur seine Epitheten „Tommerlin“ und „Besso“, d. h. „Diderschen“, womit zweifellos auf seinen Körperumfang anspielt werden sollte. Endlich gelang es aber doch, seine wahre Persönlichkeit zu enthüllen. Es handelte sich um den am 9. Januar 1888 zu Reudendorf im Kreise Rixhaus geborenen Zigeuner Hermann Herzberg, der sich hauptsächlich dem Pferdehandel widmete. Mit 22 Jahren wurde Herzberg wegen Mordes an einem Landjäger in der Nähe von Stettin zu einer Zuchthausstrafe von 8 Jahren und 2 Monaten verurteilt, die er in Sonnenburg verbüßte. Dort wurde er am 20. August 1918 entlassen. Mit diesen sicheren Anhaltspunkten ausgerüstet und an Hand eines aufgefundenen Bildes des Verbrechens leiten die Beamten ihre Nachforschungen fort. So gewann man die Gewissheit, daß „Tommerlin“ und „Besso“ tatsächlich der gesuchte Herzberg waren.

Nach diesen Vorarbeiten gelang es, aus den Andeutungen der vernommenen Zigeuner und dem Aktenmaterial so viele Beweise zusammenzustellen, daß man den gesuchten Herzberg mit Sicherheit dreier Morde überführen konnte. Er hat ein Jahr nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt in Gülzow in Pommern seinen Onkel, den Zigeuner Heinrich Rosenbach, nach einem vorangegangenen Streit über einen Pferdekauf kurzerhand erschossen. Im Frühjahr 1920 tauchte Herzberg unter dem Namen Adler mit seinem Wagen in der Dortmunder Gegend auf. Eines Nachts wurde das Gefährt auf der Chaussee von zwei Polizeibeamten angehalten. Herzberg eröffnete sofort das Feuer auf die Beamten und traf den einen viermal. Wie durch ein Wunder blieb der Mann unverletzt. Sämtliche Kugeln hatten sich in dem dicken

Stoff seines Umhanges verfangen und seinen Körper gar nicht berührt. Aus dem davonliegenden Wagen fiel die Leiche einer Frau heraus, in der man später die Mutter Herzbergs erkannte. Auch auf sie waren drei Schüsse abgegeben worden, die sie in den Hals getroffen hatten. Der Mörder entkam auch diesmal. Wieder ein Jahr später — am 8. Juni 1921 — hielt sich Herzberg unter dem Namen „Liebruhn“ in Saalmünde in Hessen auf. Er hatte die Absicht, die Tochter eines Zigeuners namens Rosenberg zu heiraten, fand aber Widerstand bei dem Vater. Im Jörn darüber und wegen einer alten Familienblutrache erschoss er Rosenbergs und Mütterle wieder. Seine Braut schloß sich ihm an. Zuerst diesen bestimmt nachgewiesenen Morden folgten auf das Konto des Schwerebrechers noch drei weitere Mordtaten, die noch der Aufklärung bedürfen. So wird ihm der Mord an einem Förster in Pommern zur Last gelegt. Ferner soll er in Reumede einen Zigeuner im Streit erschossen und einen anderen im Hamnoerschen erschossen haben, weil er fürchtete, verraten zu werden.

Von der Berliner Zentralfstelle aus wurden immer wieder Fahndungsschreiben hinter dem gefährlichen Menschen erlassen und genaue Kontrollen der Zigeunerlager empfohlen. Durch ihre Beobachtungen hatten nun die Landjäger in Pflakalen in Erfahrung gebracht, daß Herzberg Unterschlupf gefunden hatte bei einem gewissen Domarowski, der in der Ortschaft Drangupönen ein einsam gelegenes Haus bewohnt. Die Beamten umstellten das Gehöft und suchten alle Räume ab, ohne den Zigeuner zu finden. Plötzlich sahen sie einen Mann eilig über die Wiese laufen und sich in einen Wassergraben werfen. Sie schossen ihm nach, wurden aber sofort mit Schnellfeuer empfangen. Sie schossen nun auch und machten ihn durch einen Schuß, der das Kniebein durchschlug, kampfunfähig.

Der Verhaftete, in dessen Besitz zwei moderne Schnellfeuerpistolen gefunden wurden, war tatsächlich der so lange gesuchte vielfache Mörder. Er wurde in das Amtsgerichtsgefängnis Gumbinnen eingeliefert. Ohne Zweifel ist das Blutkonto Herzbergs mit den bisher bekannten Morden noch lange nicht erschöpft. Bei seinen Stammesgenossen war er wegen seiner Gewalttätigkeit so sehr gefürchtet, daß niemand mochte, eine abschlägige Bemerkung in seiner Gegenwart zu machen. Sie mußten alle, zum Teil aus schmerzlicher eigener Erfahrung, daß er bei der geringsten Veranlassung zwei Pistolen zog und rücksichtslos um sich schloß. Jetzt, da der Gefürchtete hinter Schloß und Riegel sitzt, darf man hoffen, daß die Wahrheit über seine Schandtaten ans Licht kommen wird, ohne daß er sich rächen kann. Unter Hinweis auf die ausgeführten erheblichen Vernehmungen werden alle, die über sein Treiben Auskunft geben können, gebeten, sich bei Kriminalrat Gennat, Inspektion A, im Zimmer 104 des Berliner Polizeipräsidenten zu melden.

Wochenende und Reichsbahn.

Einige Wünsche des reisenden Publikums.

Der kaufmännische Sinn, den die Reichsbahn sich zu eigen gemacht haben soll, muß es ihr nahelegen, die ernsthaften Wochenendbewegung energisch zu unterstützen. Die bisher an Sonnabenden und Sonntagen gefahrenen Sonderzüge vierter Klasse haben gezeigt, daß billige Fahrten ihr Publikum finden. Immerhin werden aber solche Ausgabeln nur von wenigen bestritten werden können. Nur die bisher geltenden Sonntagsrückfahrkarten werden für das Gros der Wochenendleute in Frage kommen. Sie zu vermehren, muß die Hauptaufgabe der Reichsbahn bei ihrer Unterstützung der neuen Idee sein.

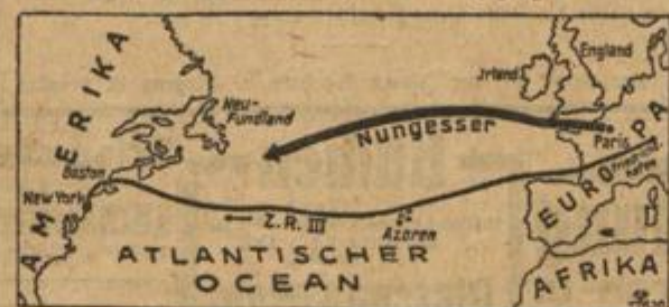
Es fehlen noch sehr viele Orte der Mark, die sehr gut Anfangs- und Endstation einer einseitigen Wanderung sein können. Ein so einladendes Gebiet wie die Neumark ist überhaupt nicht berücksichtigt; Orte wie Prenzlau, Crossen a. d. O. sind nicht vertreten. Auch sollte die Bahn nicht pebanisch Hin- und Rückfahrt auf der gleichen Strecke verlangen, sondern möglichst überall Parallel- und Ersatzlinien zur Auswahl geben, ohne nachträgliche Zuschlagungen zu fordern, falls der zweite Weg um ein paar Kilometer länger sein sollte als der auf der Hinfahrt gewählte. Ueberhaupt eine liberale Behandlung der ganzen Frage, die nicht allein nach dem Gesichtspunkt: wird auch dem Reisenden nicht zuviel geschont? behandelt werden darf. Dazu gehört auch, daß der Fahrpreis der gleiche sein sollte, ob man nun die Fahrt von dem betreffenden Hauptbahnhof oder von einer Station des Vorortverkehrs, und zwar in seinem ganzen Umfange genommen, antritt. Die Mehr-

zahl der den Vorortverkehr Benutzenden hat Abonnement in irgendeiner Form, und für die wenigen Nichtabonnentierten könnte die Bahn sich liberal oder vielleicht auch generell erweisen. Allerdings müßte der Vertrieb der Sonntagsrückfahrkarten ganz anders als bis jetzt organisiert werden. Jetzt sieht man die diesbezüglichen Plakate auf keinem Vorortbahnhof und man muß sie erst auf dem Fernbahnhof aussuchen. Ein Jopf, der schleunigst abgeschnitten werden sollte. Den Plakaten muß die weiteste Verbreitung gegeben werden, und die Fahrkarten müssen auf jedem Groß-Berliner Bahnhof (resp. im ganzen Vorortverkehrsraum) ohne Preisauflage verkauft werden. Ausdehnung der Zahl der Endstationen, wahlweise Rückfahrsmöglichkeit, Einheitsfahrpreis für alle Antrittspunkte der Fahrt, umfassende Plakatiierung — das sind die Wünsche, die eine Millionenfahrer lüftungreicher Großstädter zu äußern berechtigt ist. Wenn dann der Ansturm die Bahnleitung zwingt, neue Züge laufen zu lassen, so wäre als letzter und darum wichtigster Grund zu äußern, daß der Provinzverkehr sich in einem schnelleren Tempo abwickeln möge. Wenn man ein paar Stunden gebraucht, um an Ort und Stelle zu gelangen, geht die Hälfte der Erholungszeit schon verloren. Auch für Einstellung moderner Wagen wird die Menge sich dankbar zeigen, und ob in diesem Wochenendverkehr überhaupt eine Einteilung nach Klassen (also nach dem Geldbeutel) notwendig sein wird, ist eine Frage, die, nachdem die Berliner U-Bahn nur noch eine Klasse kennt, eines Tages auch wohl im Sinne der Vernunft gelöst werden muß.

Die Atlantikflieger verloren?

Alles Suchen erfolglos.

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Es ist hier immer noch keinerlei Nachricht von den beiden französischen Fliegern Nungesser und Coll eingetroffen. Es scheint jetzt als sicher, daß sie England und Irland überflogen haben, denn eine Mitteilung der englischen Admiralität, die durch das französische Generalkonsulat in London nach Paris übermittelt wurde, gibt an, daß das Flugzeug am Sonntag vormittag über Carrig Island in Irland gesichtet worden ist; leither ist aber jede Spur verlorengegangen.



Paris, 11. Mai. (ZL.) Nach den heute früh hier vorliegenden Nachrichten sind alle Patrouillenfahrten im Mittelmeer und an der amerikanischen Küste zur Auffindung der französischen Ozeanflieger ergebnislos geblieben. Neben zahlreichen Einheiten der amerikanischen Kriegsmarine beteiligten sich auch der Küstenschutz und der Zoll- und Prohibitionsdienst an den Erkundungsfahrten. Die Nachforschungen sollen heute in verstärktem Umfange fortgesetzt werden.

Verhinderung des amerikanischen Transoceanfluges.

New York, 11. Mai. (ZL.) Die amerikanischen Flieger haben ihren geplanten Flug nach Paris verschoben, angeblich wegen des schlechten Wetters, wahrscheinlich jedoch wegen der Nachrichten über die erbitterte amerikanische Stimmung in Paris, die hier als unsporinäßig bezeichnet wird. Die Berichte, Amerika habe angeblich falsche Weiterberichte veröffentlicht, werden hier mit Entrüstung zurückgewiesen.

Tausend in den Tod.

In der nordböhmischen Grenzstadt Aisch haben sich in den letzten Tagen zwei aufsehenerregende Selbstmorde ereignet. Ein 25jähriges Mädchen unternahm in scheinbar rosigster Laune vor den Augen ihrer Schwestern, ihrer Mutter und anderer Seiten einen Todesprung aus dem Fenster. Die fünfzehn Jahre alte, im Nachbarhause wohnhafte Elise Günther schwärmte seit dieser Zeit für die „mutige Tat“ ihrer Freundin und sah die Entschluß, ebenfalls einen solchen Heldentod zu sterben. Sie forderte auch eine andere Freundin auf mit ihr zu sterben und erhielt bereits eine Zusage. Auf einen Zeitel schrieben die Mädchen lächerliche Gründe ihres Selbstmordes, an dem der Vater und der Geliebte schuld sein sollten. Dann suchten sie einen Teich. Als eine dritte Freundin dazukam, wollte diese die Lebensmüden umstimmen. Elise Günther aber blieb fest. Die Mädchen tanzten dann auf der Wiese vor dem Teiche einen lustigen Reigen und sangen dazu. Da warf die Günther den Mantel ab und stürzte sich in die tiefen Fluten. Die Leiche wurde erst am nächsten Morgen gefunden.

Schweres Unglück auf einer Zeche.

Essen-Ruhr, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Zeche Soelzer-Neue ereignete sich ein schwerer Unglücksfall am Gerüst. Durch das Lockern eines Winkelstahns stürzten drei Mann vom Gerüst. Zwei Arbeiter wurden getötet, der dritte liegt lebensgefährlich danieder.

Die Mississippipluten und die Baumwollspekulanten. Die Mississippiplutentrophe hat sofort die Baumwollspekulanten la hausse in Bewegung gesetzt. Wie dem „Konfektionär“ aus New York tabelliert wird, schätzt das Washingtoner Ueberbaumi die in den drei Staaten Louisiana, Arkansas und Mississippi überschmammten Baumwollgebiete auf 1423 000 Acres, was ungefähr eine Fläche von 5700 Quadratkilometer oder ein knappes Reuniel des Deutschen Reiches ausmacht. Wenn bis Mitte Juni das Wasser abziehen kann, rechnet man noch mit einer teilweisen Ausfaat. Die Spekulanten werden sich also mit dem Neben Gott und den USA-Ingenieuren in Verbindung setzen müssen, damit die Flut lang genug anhält.

Sprech-Chor der proletarische Feiertag. Donnerstag den 12. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Gefangenschaft der Sophienstraße, 15/17, Fabrikarbeiter-Vereinigung. Besichte und Neuwahl. Alle Mitglieder müssen bestimmt erscheinen.

Die Sklaverei in der Landwirtschaft.

Der „Arbeitsvertrag“ eines Domänenbetriebes.

Die in einem Teil der landwirtschaftlichen Betriebe heute wieder üblichen Schandverträge kann der Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeitersverbandes mit einem Vertrag kennzeichnen, der ihm aus dem Betriebe der Domäne Winzenburg bei Fredebe an der Leine zugegangen ist. In dem Vertrag sind folgende Bestimmungen enthalten:

„Die Familie verpflichtet sich, mit sämtlichen Arbeitskräften bis zu einer eventuellen Kündigung zur Arbeit zu kommen. Das unentschuldigte Fernbleiben eines Familienmitgliedes von der Arbeit berechtigt zur Kündigung der ganzen Familie, in diesem Falle muß die Wohnung geräumt werden. Die Kündigungsfrist beträgt beiderseits 14 Tage.

Die Entlohnung erfolgt nach den Sätzen des Tarifs, es wird jedoch ausdrücklich bemerkt, daß der Tarif von beiden Seiten nicht anerkannt wird, sondern lediglich als Richtlinie für die zu zahlenden Löhne und Deputat gilt. Getreide wird in natura geliefert, bei einer eventuellen Kündigung jedoch das rückständige Getreide mit 7,50 M. pro Hektar, Kartoffeln mit 1,80 M., Stroh mit 1,10 M. bezahl. Kartoffeln werden bis zum Herbst geliefert, im Frühjahr 1927 wird das Kartoffelland zum Auspflanzen zur Verfügung gestellt. Es werden also vom März 1927 ab Kartoffeln geliefert.

Der Arbeiter verpflichtet sich, mit seiner Familie keiner Gewerkschaft anzugehören. Das Angehören einer Gewerkschaft ist Kündigungsgrund.

Der Umzug (Wohnort) wird von mir ausgelegt und in kleinen Raten bei den wöchentlichen Lohnraten abgezogen. Nach zweijähriger guter Führung werden die Kosten des Umzugs vergütet. Die Vergütung ist jedoch so zu verstehen, daß nach dieser Zeit mit einer weiteren mehrjährigen Dienstleistung zu rechnen ist.

Diese Bestimmungen sind in einem „Vertrag“ enthalten, der den Arbeitern in einem Domänenbetriebe, d. h. in einem vom Staat verpachteten landwirtschaftlichen Betriebe, vorgelegt wird. Besonders Anlaß, sich mit dieser Tatsache zu beschäftigen, hat das preussische Landwirtschaftsministerium. Das Ministerium hat sich zu entscheiden, mit noch viel größerer Entschiedenheit als augenblicklich auf die fortschrittliche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu dringen.

Soweit die Bestimmung in dem Arbeitsvertrag über die Nichtangehörigkeit zu einer Gewerkschaft in Frage kommt, liegt sogar ein Verstoß gegen die Reichsverfassung vor. Hier muß durchgegriffen werden.

Konflikt im Lederhandel.

Wie wir bereits am Donnerstag voriger Woche berichteten, halten die Handelsarbeiter der Lederbranche eine Erhöhung ihrer Löhne um 10 Proz. gefordert, was aber von den Unternehmern nicht abgelehnt worden war. Der daraus angerufenen Schlichtungsausschuss hatte sodann einen Schiedspruch gefällt, der eine Lohnerhöhung von 7 bis 9 Proz. vorsah. Die Unternehmer lehnten aber auch diesen Schiedspruch ab, worauf vom Verkehrsband die Verbindlichkeitsklärung beantragt wurde, die der Schlichter jedoch nicht aussprach. Er war aber ernsthaft bemüht, die Unternehmer zu einem annehmbaren Zugeständnis zu bewegen. Sie erklärten sich aber nur bereit, höchstens eine Rate Zulage pro Woche zu gewähren.

Zu dieser Situation nahmen gestern abend die Handelsarbeiter des Lederhandels in den Residenzfestsaal Stellung. Der Branchenleiter, Genosse Schacht, gab nach einmal einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Lohnbewegung und betonte, daß der Gewerberat Körner als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses mitgeteilt habe, daß er nochmals die Parteien zu einer Verhandlung laden werde. Von einzelnen Diskussionsrednern wurde betont, daß sich die Unternehmer bereit erklärt hätten, die Forderung der Arbeiter zu bewilligen. Es habe aber anscheinend wegen der drohenden Konventionsstrafe keiner den Mut, den Anfang zu machen.

Nach eingehender Aussprache beschloß die Versammlung, an die Unternehmer ein Ultimatum zu stellen, in dem spätestens bis Freitag dieser Woche nochmals Verhandlungen verlangt werden, zu deren Ergebnis die Handelsarbeiter dann endgültig Stellung nehmen werden. Die Stimmung der Versammlung ließ klar erkennen, daß der Streik unvermeidlich ist, wenn nicht die Unternehmer ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt aufgeben und ihren Arbeitern weitgehender als bisher entgegenkommen. Jedenfalls haben die Unternehmer jetzt das letzte Wort.

Stufkatere und Reichstarif.

In der zu Montag abend von der Fachgruppe Stuck- und Gipshaus des Baugewerksbundes nach dem Gewerkschaftshaus einberufenen Mitgliederversammlung berichtete Köppen über die Reichstariifverhandlungen, die vor kurzem in Leipzig waren. Das Überraschendste bei den Verhandlungen war, daß der Stuckgewerksbund, der noch bis vor kurzem erklärte, mit dem Arbeitgeberbund des Baugewerbes nichts zu tun haben zu wollen, den Organisationsvertretern eröffnete, daß er sich nunmehr dem Arbeitgeberbund als Unterverband anschließen habe und die Leitung der Tarifverhandlungen dem Vertreter des Arbeitgeberbundes übergebe. Es wurde nun die Frage aufgeworfen, ob unter Zugrundelegung des Reichstariifvertrages für das Baugewerbe oder des bei den Verhandlungen im Vorjahre aufgestellten Tarifentwurfes verhandelt werden solle. Die Unternehmer wollten als Grundlage den neuen Reichstariifvertrag für das Baugewerbe nehmen und diesem Vertrag nur die Sonderbestimmungen für Stuckateure, Püger usw. anfügen.

Von der Verhandlungskommission wurde darauf erklärt, daß man sich bei der Schaffung eines selbständigen Tarifvertrages für das Stuckgewerbe wohl an die Bestimmungen des Reichstariifvertrages anlehnen, nicht aber dessen Bestimmungen wörtlich übernehmen könne. So müsse z. B. ganz entschieden abgelehnt werden, daß die dehnbare Bestimmung über die Arbeitszeit übernommen werde, es muß vielmehr an der reinen 48-Stunden-Woche festgehalten werden, die für das Stuckgewerbe schon in der Vorriegszeit in allen Großstädten bestand. Ebenso müßte es zulässig sein, daß bezirkliche oder örtliche Lohn- und Arbeitsverträge abgeschlossen werden, die den

bezirklichen und örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Die Löhne müßten völlig unabhängig vom Maurerlohn geregelt werden. Als die Unternehmer darauf forderten, daß erst eine Lohnbewegung der Stuckateure in Karlsruhe durch das Eingreifen des Baugewerksbundes beigelegt und dann über die Schaffung des Reichstariifvertrages weiter verhandelt werden solle, wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen, da diese Forderung von der Verhandlungskommission abgelehnt wurde.

Die Versammelten ließen in der dem Bericht folgenden Diskussion klar erkennen, daß sie über diesen Ausgang der Verhandlungen nicht sonderlich betrübt seien. In einigen einstimmig angenommenen Anträgen und Entschlüssen brachten sie zum Ausdruck, daß sie einen Reichstarif wünschten, der gegen die jetzigen Regelungen einen Fortschritt bedeute, daß sie es aber ablehnen, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen durch einen Reichstarif verschlechtern zu lassen.

Köppen ging dann noch näher auf einige Mißstände auf den Bauten ein. Trotzdem noch etwa 500 erwerbslose Berufsangehörige auf dem Arbeitsnachweis eingetragen sind, stellen einige Firmen ohne Vermittlung des Nachweises nicht nur einzelne Arbeiter, sondern ganze Kolonnen ein. Die Fachgruppenleitung ist in allen Fällen, in denen sie von diesem tarifwidrigen Verhalten Kenntnis erhielt, dagegen eingeschritten und hat es überall durchgesetzt, daß an Stelle dieser Arbeiter auf dem Arbeitsnachweis Eingetragene eingestellt wurden. Er ersuchte die Versammelten, in solchen Fällen stets sofort der Fachgruppenleitung Mitteilung zu machen, damit diesen Mißständen im Interesse der oft schon lange Zeit Erwerbslosen ein Ende gemacht werden kann.

Die Unverantwortlichen.

Nach dem „Streik“ der Notstandsarbeiter.

Die KPD. hat seit Wochen von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften verlangt, sie sollen einen Generalfreistreit zum Streikbündnis inszenieren. Die KPD. hat das verlangt, weil sie genau weiß, daß sie selbst unfähig ist, die Arbeitermassen zu mobilisieren. Sie vermag in Berlin außer ihren eingeschriebenen Mitgliedern bei Demonstrationen in diesen Fällen noch 20 000 Mitläufer auf die Beine zu bringen. Mit solchen „Maffen“ kann man in einer Viermillionenstadt keinen Generalfreistreit versuchen. Außerdem fehlt es den Oberbögen der KPD. an der nötigen Zivilcourage, um selbst die Verantwortung für ein immerhin nicht risikoloses Unternehmen zu tragen.

Da die KPD. aber doch so tun mußte, als wäre sie imstande, mehr zu tun, als die roten Frontkämpfer mit roten Fahnen auszustaffieren, ließ sie von ihren Strohputzen einen sogenannten Streik der Notstandsarbeiter ausrufen, den die übrigen Arbeitslosen „mit aller Macht“ unterstützen sollten.

Nun ist es eine Gewissenslosigkeit (sondergleichen von den Bonzen der KPD., die Notstandsarbeiter zu einer zum mindesten wirkungslosen Aktion aufzurufen, da diese Bonzen selbstverständlich genau wissen, daß nach den ministeriellen Bestimmungen diesen Arbeitern auf vier Wochen die Unterstützung entzogen wird. Im Interesse der Notstandsarbeiter wurde daher vom Landesarbeitsrat auf die Folgen einer eventuellen Arbeitsniederlegung aufmerksam gemacht.

Die „Reiz Fahne“, die in ihrer Sonntagsnummer nicht den Mut aufbrachte, den völligen Zusammenbruch des famosen Streiks der Notstandsarbeiter einzugehen, bringt in ihrer Dienstagsnummer eine angebliche Zuschrift eines „sozialdemokratischen“ Notstandsarbeiters, in der gegen den „Vorwärts“ und den Landesarbeitsrat die unangenehmsten Vorwürfe erhoben werden. Wir stellen fest, daß das Landesarbeitsrat wie der Magistrat der Stadt Berlin sich genau so, wie es kommunistische Stadträte tun müßten, an die Vorschriften über die Bewilligung der Erwerbslosenunterstützung halten müssen. Wir stellen weiter fest, daß dies den Bonzen in der KPD. bekannt war, daß sie aber trotzdem gewissenlos genug gewesen sind, die Notstandsarbeiter in einen zweifachen Streik hineinzuhängen.

Kaufmännische Lehr- und Anfängerstellen.

Durch die Stellenvermittlung der Dreisgruppe Groß-Berlin des JdV. sind einige Lehr- und Anfängerstellen für schulentlassene Jungen und Mädchen, die einen kaufmännischen Beruf ausüben wollen, zu besetzen. Geeignete Bewerber werden gebeten, mit ihrem Schulentlassungszeugnis sowie mit Schulheften und Zeichnungen in der Stellenvermittlung des JdV., Belle-Alliance-Str. 7-10 III vorzusprechen. Sprechstunden jeden Tag von 10 bis 1 Uhr, außerdem Montags und Freitags von 5 bis 7 Uhr nachmittags.

Vom englisch-russischen Einheitskomitee.

Wer sind die Gekauften?

(RSD.) Das „Mitteilungsblatt“ der deutschen linken Kommunisten (Richtung Urbahns) veröffentlicht in seiner neuesten Nummer die Rede Sinowjews, die dieser in der Sitzung des Politbureaus der KPD. im Sommer vorigen Jahres gehalten hat. Da hat sich Sinowjew über die englischen Gewerkschaftsführer, die dem englisch-russischen „Einheitskomitee“ angehören, wie folgt geäußert:

„Einen Teil von ihnen haben wir gekauft, in den Dienst genommen. Ich war nicht dagegen. (Tomski: Im Gegenteil, du sagtest, daß ich dies schlecht mache.) Nicht doch, das hast du gut gemacht. Ich bin nicht dagegen, daß wir, als proletarischer Staat, den „Temps“ kaufen, daß wir in dem oder anderem Maße in einzelnen Fällen einen sogenannten „Arbeiter“-Führer aus den Trade-Unions abkaufen, wenn es der Arbeiterklasse nützlich ist.“

Die englischen Gewerkschaftsführer im „Einheitskomitee“ werden zu dieser Behauptung ihrer Moskauer Freunde wohl oder übel Stellung nehmen müssen. Die Moskauer hatten keinen ersichtlichen Grund in diesem Punkte die Unwahrheit zu sagen. Und daß sie kaufen, was sie für ihre Zwecke kaufen können, ist nicht zu bezweifeln. Ihr „proletarischer“ Moralbegriff deckt alles. Ist aber auch nur einer in diesem „Einheitskomitee“ gekauft, dann dürfte die Rolle dieses Komitees ausgespielt sein.

Der Streik bei der Firma Borchers u. Jürgens ist beendet.

Wirtschaft

Die Rentabilität der Landwirtschaft.

Neue Beweise gegen irreführende Behauptungen.

In der „Georgine“, dem Organ der Landwirtschaftskammer Ostpreußens, wurde in diesen Tagen ein Aufsatz von Dr. Bageler über die „Wirtschaftsergebnisse von 30 Beispielwirtschaften aus der Provinz Ostpreußen“ abgedruckt. Der Aufsatz bestätigt die schon bei vielen anderen Gelegenheiten gemachte Feststellung, daß gutgeleitete auch rentable landwirtschaftliche Betriebe sein werden.

Wir geben zunächst die Zahlen wieder, die über die durchschnittlichen Hektarerträge in den 30 Beispielwirtschaften genannt werden. Daneben fügen wir zu Vergleichszwecken die amtliche Schätzung hinzu.

Erträge je Hektar in Doppelzentner:

Durchschnitt von 30 Beispielwirtschaften:					
Weizen	Koggen	Gerste	Hafser	Kartoffeln	
25,1	23,7	24,9	19,2	150,4	
Amtliche Schätzungen 1925:					
Weizen	Koggen	Gerste	Hafser	Kartoffeln	
18,8	15,9	16,7	12,6	125,5	

Nach diesem Bild sind die in den 30 Beispielwirtschaften festgestellten durchschnittlichen Hektarerträge der amtlichen Schätzung gegenüber höher: um 6,8 Doppelzentner bei Weizen, um 7,8 Doppelzentner bei Koggen, um 8,2 Doppelzentner bei Gerste, um 6,6 Doppelzentner bei Hafser und um 29,9 Doppelzentner bei Kartoffeln. Nach den weiteren Angaben Dr. Bagelers hatten die Beispielwirtschaften eine durchschnittliche Einnahme von 232,50 M. Ihr steht eine Durchschnittsausgabe von 175,80 M. gegenüber. Dr. Bageler berechnet den Reingewinn unter Berücksichtigung der Abschreibungen für Wertminderung der Gebäude und der Entnahme aus der Wirtschaft zu Privat Zwecken des Besitzers auf 68,20 M. pro Hektar oder 17,05 M. je Morgen.

Ähnliche Feststellungen konnten bekanntlich vor einiger Zeit auch bei den ostpreussischen Staatsdomänen und den von der Provinzialverwaltung Ostpreußens selbst bewirtschafteten Betrieben gemacht werden. Der Bericht über die Staatsdomänen besagt: Der Reinertrag beläuft sich auf 78 400 M. Ihm steht ein Reinerlust von 22 119 M. gegenüber, so daß sich ein Reinertrag von 56 281 M. oder rund 15 M. pro Hektar ergibt. Wenn man demgegenüber hören muß, daß die Landwirtschaftskammer Ostpreußens kürzlich für die ostpreussische Landwirtschaft ein Defizit von über 200 Millionen Mark festgestellt hat, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn hier fürchterlich übertrieben und bewußt die Unwahrheit gesagt wurde.

Nach Verlusten gute Dividenden. Die elektrotechnischen Werke der Dr. Paul Wener A.-G. zu Berlin, die das Geschäftsjahr 1925 mit über 2 Millionen Mark Verlust und einer Schuldenlast von 4,4 Millionen abschließen, waren zu Beginn des Vorjahres zu einschneidenden Sanierungsmassnahmen gezwungen, um das Unternehmen zu halten. Das Aktienkapital wurde von 3,0 auf 0,5 Millionen Mark zusammengelegt und zur Beschaffung neuer Geldmittel wieder auf 3,5 Millionen erhöht. Neben dieser der Abbedung zinsfressender Bank- und Wechselschulden dienenden Kapitalbeschaffung erfolgte eine scharfe Umstellung der Betriebe und Produktionsmethoden, deren Ergebnis sich in dem um fast 50 Proz. gesenkten Handlungsaufwand plastisch ausdrückt. In der Gewinn- und Verlustrechnung wird gegenüber den 2,2 Millionen Mark Vorjahresverlusten ein Rohgewinn von 1,74 Millionen Mark ausgewiesen, von dem nach Abzug der Generalkosten und Abschreibungen ein Reingewinn von 0,25 Millionen Mark verbleibt. Hieron gelangen 6 Proz. Dividende zur Auszahlung. Die Belegschaften, die durch die Abbau- und Umstellungsmassnahmen sehr hart betroffen wurden, haben allerdings ihren alten Stand lange noch nicht erreicht. Wenn auch im Laufe des Jahres etwa 200 Neueinstellungen erfolgten, so beträgt die Gesamtzahl der Arbeiter- und Angestellten doch erst wieder 1200 gegen 1500 Mann vor der Umstellung des Unternehmens.

Um ein Drittel erhöhter Absatz bei der NAG. Nach Mitteilungen der Verwaltung ist die Nationale Automobilgesellschaft, Berlin (NAG-Siemens) gut beschäftigt. Der Absatz konnte gegenüber dem Vorjahr um 30 Proz. gesteigert werden, und es war möglich, die Belegschaft zu verkleinern. Die Gesellschaft wird zusammen mit den Protas-Werken einen neuen Lastwagen zum Preise von 11 700 M. herausbringen. Bezeichnend für die Geheimnistuerei auch bei diesem Unternehmen ist die Verweigerung der Auskunft auf die Frage über die Produktionsfähigkeit und die Anzahl der produzierten Wagen. Umfängliche wurden nicht gegeben, und zwar wurde dies damit motiviert, daß man wegen der amerikanischen Konkurrenz keine Ziffern nenne. Unsere Unternehmer haben in dieser Beziehung immer noch nicht gelernt, daß der Begriff „Geschäftsgeheimnis“ aus dem Wirtschaftslegion rational arbeitender Unternehmen verschwinden müßte.

Auch Orenstein u. Koppel verteilt Dividende. Nachdem die Orenstein u. Koppel A.-G. zu Berlin, bisher auf ihr 36 Millionen betragendes Kapital seit drei Jahren ohne Dividende geblieben war, werden für 1926 auf 1,62 Millionen Mark Reingewinn (einschließlich Vortrag) jezt 4 Proz. Dividende verteilt.

Der Hefeblock des Schultze-Konzerns. Die Wulf A.-G. zu Wert in Westfalen hat zur Verschmelzung mit über einem Duzend Hefefabriken jezt ihr Aktienkapital von 3,6 auf 16,6 Millionen endgültig erhöht und wird unter der neuen Firma Norddeutsche Hefeindustrie A.-G. ihren Sitz nach Berlin verlegen. Die Wulf A.-G. ist bekanntlich dem Schultze-Hefewerke-Konzern angegliedert.

Verantwortlich für Textteil: Guido Schöff; Wirtschaft: G. Ringelbächer; Gewerkschaftsbewegung: Heide; Kultur: Reinhold; R. B. Bilder; Sozial- und Sanitäts: Fritz Rastbach; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Druckverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eindeustr. 2.

Dörffler
WÜRSTCHEN * BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!
Auf Teilzahlung
Herren-, Damen-Garderobe
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Aniel Gr. Frankfurter Str. 34
(Strausberger Platz).

Wöch. Teilzahlung
Eleg. Herren- u. Damenmoden
fertig und nach Maß
zu außergewöhnlich billigen Preisen
Garantie! guten Sitz u. gute Verarbeitung!
Julius Fabian
Maßschneider,
Große Frankfurter Straße 37
Kein Laden! Nur II. Etage!

Küchen
roh emailliert
Küche Lottchen 42 M. 50 M.
Christine 75 „ 125 „
mit Anrichte
Riesenauswahl
roher, lackierter, lasierter
Küchen, einzelner Kleider-
und Küchenschränke.
Himmel
Lotharinger Str. 22 (Schönhäuser Tor)

Schaufenster-Tapete!
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.
Sächsische Tapeten-Industrie,
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.
Eisschränke
auch gegen
12 Monats-Raten
Parvatz
Berlin W 66, Leipziger Straße 122/123

Die Marke des Fein-
schmeckers ist Kapl-
län - Kopenhagener-
Kautabak, 20 Pl. Vkt. Jedes
Stück wird einzeln
nur in Papier verpackt geliefert. Ver-
kaufsstellen durch C. Röcker, Her-
lin NO 18, Lichtenberger Str. 22, tel. 251

Arbeiter, Angestellte, Beamte
besucht die Veranstaltungen der
„No-Va-Co“
Karl Horst, D. utesches Haus
Treackwallte (am Bahnh.) jed. Dienstag
Pankow, Konzerth. u.
Breitenstraße 34 Jeden Mittwoch
Copenick, Stadttheat. r
Friedrichstr. 6 Jeden Freitag u. Sonntag
Tegel, Vereinshaus (Hamusack)
Hauptstraße 6 Jeden Sonntag
Notstands-Variete-Kommission
der Intern. Artisten-Loge E. V.

Berliner Uik-Trio
Neukölln, Labstr. 74/75

Besonders **billig!**
Wirksam sind die KLEINEN
ANZEIGEN in der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ und trotzdem

Ischias
in 20 Min. Geht
und geht, ohne
Drill, festgelegt
vor sich
in 15 Tagen sind
schwere Fälle beseitigt worden. Verschiedene Heilkräfte
Heilung und Beseitigung. Ärztl. empfohlen.
Lichtenbergstr. 106. 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Jeden